



Die 10. Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT)

Die 10. NPT-Überprüfungskonferenz findet vom 1. - 26. August 2022 am New Yorker UNO-Hauptsitz statt. Die Schweiz ist Vertragsstaat. Bundespräsident Cassis nimmt am 2. August teil.

Der NPT von 1977 ist Grundpfeiler der globalen Sicherheitsarchitektur. Er ist mit 191 Staaten einer der am breitesten unterstützten Verträge. Er verlangt von den Besitzerstaaten die nukleare Abrüstung. Darüber hinaus verpflichtet er alle Vertragsstaaten zur Nichtverbreitung. Im Gegenzug garantiert er ihnen die friedliche Nutzung von Kernenergie, mit Anwendungen z.B. in der Energie, Medizin oder Landwirtschaft.

Der NPT erfüllte seinen Hauptzweck: das Abwenden des 1960 befürchteten Schreckensszenarios mit über 20 Kernwaffenstaaten. Zudem ermöglichte er die Abrüstung von Tausenden Kernwaffen. Doch gerade die Abrüstungsbilanz bleibt über 50 Jahre nach seinem Inkrafttreten getrübt. Denn alle Besitzerstaaten modernisieren ihre Arsenale, einige rüsten sogar auf. Zudem sind Kernwaffenrisiken in den letzten Jahren klar gestiegen. Gerade der Ukrainekrieg mit russischen Nuklearwaffendrohungen unterstreicht die teils in Vergessenheit geratene Atomgefahr.

Im aktuell schwierigen internationalen Umfeld will die Schweiz den NPT als Eckpfeiler der Sicherheitsarchitektur bewahren. Aus Sicht der Schweiz braucht es neuen Elan beim Umsetzen der Abrüstungsverpflichtung. Zudem strebt sie vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs Massnahmen für die Reduktion von Kernwaffenrisiken an. Auch will die Schweiz die Sicherheit von zivilen Nuklearanlagen in bewaffneten Konflikten stärken.

Die 1. Staatenkonferenz des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen (TPNW)

Die 1. TPNW-Vertragsstaatenkonferenz findet vom 22. - 24. Juni 2022 in Wien statt. Die Schweiz nimmt als Beobachterstaat teil.

Der TPNW wurde 2017 verhandelt und trat 2021 in Kraft. Er umfasst ein Totalverbot aus humanitären Beweggründen (verbietet die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen. Auch das Drohen mit dem Einsatz von Kernwaffen ist verboten). Er fokussiert auf die Abrüstung und ist dort weitergehend als der NPT, bei dem es in erster Linie um Sicherheitsaspekte geht. 62 Staaten haben den TPNW ratifiziert. Er wird von vielen Staaten der Südhalbkugel unterstützt. Die Atommächte und ihre Verbündeten lehnen ihn klar ab.

Die Schweiz tritt wie die meisten europäischen Staaten dem TPNW aus verschiedenen Gründen vorerst nicht bei. Es ist abzuwarten, ob der TPNW ohne Kernwaffenstaaten die Abrüstung wirklich voranbringt. Auch ist zu prüfen, ob sich der TPNW negativ auf den NPT auswirkt. Die Schweiz strebt ein konstruktives Verhältnis zwischen den beiden Verträgen an. Zudem unterstreicht der Ukrainekrieg, wie wichtig Überlegungen zur europäischen Sicherheit und zur Positionierung der Schweiz sind.

Infolge der Überweisung [der Motion Sommaruga](#) wird der Bundesrat eine Neubeurteilung unter Führung des EDA vornehmen. Die Schweizer Erfahrungen an der TPNW Konferenz wie auch der NPT-Konferenz werden einfließen. Auch werden Inputs nationaler und internationaler Expertinnen eingeholt. Basierend darauf wird der Bundesrat Anfang 2023 entscheiden, ob er den TPNW ratifiziert oder nicht.